

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Esther Straub (SP, Zürich), Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), Nicole Wyss (AL, Zürich), Mark Wisskirchen (EVP, Kloten)

betreffend Kaufkraft-Paket I: Individuelle Prämienverbilligung, Kantonsanteil auf 120% erhöhen

Das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) wird wie folgt geändert:

§ 24 Abs. 3:

Der Kantonsbeitrag beträgt im Vierjahresdurchschnitt mindestens 120% des voraussichtlichen Bundesbeitrags gemäss Art. 66 KVG. Der Regierungsrat legt den Kantonsbeitrag fest.

Begründung

Die Individuelle Prämienverbilligung erreicht ihr Ziel nicht. Berechnungen zeigen, dass Haushalte mit einem tiefen Einkommen trotz IPV und günstigem Versicherungsmodell bereits im laufenden Jahr bis zu 20% ihres massgebenden Einkommens zur Finanzierung ihrer Krankenkassenprämien aufwenden müssen. Das ist unhaltbar. Der Prämienchock 2023 verschärft im Kanton Zürich die Situation zusätzlich, denn die Prämien steigen mit 7.1% in unserem Kanton überdurchschnittlich massiv an. Erklärtes Ziel des Bundesrats bei Einführung der IPV 1994 war es, die Krankenkassenprämien für untere und mittlere Einkommen in dem Masse zu verbilligen, dass kein Haushalt mehr als 8% seines Einkommens dafür aufwenden muss.

Auf Bundesebene ist zurzeit der indirekte Gegenvorschlag zur Prämien-Entlastungs-Initiative in der parlamentarischen Beratung. Die Kantone sollen stärker in die Pflicht genommen werden und die Prämienverbilligung so regeln, dass sie je Kalenderjahr gesamthaft einem Mindestanteil der Bruttokosten der OKP der Versicherten entspricht, die ihren Wohnort im Kanton haben, maximal wird dieser Soll-Mindestanteil 7.5% betragen müssen. Der Nationalrat will darüber hinaus zusätzlich die Prämienverbilligung für Bezüger:innen von Ergänzungsleistungen separat finanzieren, womit der zu tragende Eigenanteil der Prämienzahlenden noch einmal deutlich gesenkt würde.

Um bis zur Umsetzung der Revision auf Bundesebene die Lage im Kanton Zürich zu entschärfen, soll der Kanton bereits jetzt 120% des Bundesbeitrages in den «Prämienverbilligungstopf» einzahlen. Die hohen Eigenanteilssätze können so endlich deutlich gesenkt werden.

Esther Straub
Jeannette Büsser
Nicole Wyss
Mark Wisskirchen